

Bezugspreis:

Nr. 1-15. Dezember 1 Billion oder 1 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 9.-15. Dezember für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Oesterreich, Elsass, Luxemburg 1,75 Goldmark, für das übrige Ausland 1,50 Goldmark. Kreuzbandungen nur gegen vorbestimmte Zahlung. Postbestellpreis teils höher.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ u. „Erholung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Himmels“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 14. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2300-2307

Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postkontogesellschaft, Postfach 114, Berlin

Anzeigenpreis:

Die einzeilige Nonpareilzeile 0,70 Goldmark, Zeilenbreite 3,50 Goldmark. „Prime Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (außerdem auch festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenanzeigen das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten halbe 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,28.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestellzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verzweifelte Finanzlage des Reiches.

Teilweise Verzögerung der Beamtenehaltszahlung — Steuerpläne.

Die Niedergeschlagenheit, welche durch die letzten Mitteilungen der Reichsregierung über die Finanzlage in weitesten Kreisen hervorgerufen wurde, sollte durch eine Mitteilung gemildert werden, die gestern durch die bürgerliche Presse ging. Darin hieß es, daß einige prominente Vertreter der Berliner Großfinanz zur Abwendung eines furchtbaren Zusammenbruchs weitere starke Befreiungen des Vermögens und des Einkommens für unvermeidlich halten, daß aber zur Mutlosigkeit keine Veranlassung sei, da in den nächsten Tagen erhebliche Steuerbeträge eingehen würden. Kaum ist diese Mitteilung bekannt geworden, so wird eine wesentliche Verzögerung der Beamtenehaltszahlungen verkündet. WTB. melbet dazu amtlich:

Das Reichskabinett mußte sich angesichts der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Reiches zu seinem Bedauern entschließen, anzuordnen, daß die für den 17. Dezember in Aussicht genommenen Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte für die zweite Dezemberhälfte nur zur Hälfte an diesem Tage geleistet werden. Es ist in Aussicht genommen, den Rest am Freitag, den 21. Dezember, auszuführen. Die Reichsregierung sah sich zu dieser Anordnung trotz der ihr bekannten Notlage der Beamten- und Angestelltenchaft gezwungen, da die Mittel zu einer rechtzeitigen vollen Auszahlung nicht vorhanden sind und trotz aller Anstrengungen nicht herbeigeschafft werden konnten.

Der Erfolg der bürgerlichen Finanzpolitik.

Diese Mitteilung der Reichsregierung kommt einem glatten Eingeständnis des Staatsbankrotts gleich. Die Gehälter zu Beamtenehaltszahlungen sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden in einer Zeit, wo sie in jeder Familie doppelt dringender benötigt werden. Das Weihnachtsgeld, das man hier den Beamten der deutschen Republik macht, wird sie nicht gerade entzücken. Wir hätten volles Verständnis dafür, daß die Regierung sich zu diesem Ausweg entschließen muß, wenn man in ihren bisherigen Maßnahmen denjenigen Weitblick entdecken könnte, der eine derartige Katastrophe unmöglich gemacht hätte. Aber seit genau zwei Monaten ist die Verordnung über die Rentenkant in Kraft, die die Stilllegung der Rentenpresse in allerhöchster Zeit ankündigte und nach jetzt sieht man an dem Etat herum, weil man es unterlassen hat, rechtzeitig die notwendigen Eingriffe in den Besitz vorzunehmen. Die Garantie, welche die besitzenden Kreise für die Rentenmarktscheine geleistet haben und von der man nie weiß, ob sie ein wirkliches Besitztum vorstellen oder nicht, vielmehr durch die Gewinne der Rentenbank ausgeglichen werden, hat man als eine so ungeheure Leistung dargestellt, daß man zunächst vor weiteren Besitzsteuern zurückschreckte, und daß man jetzt vor dem Eingeständnis steht: die Reichskassen sind leer!

Unter diesen Umständen ist es geradezu beschämend zu sehen, welche widerliche Gaukelei die reaktionäre Presse vorführt, um bei den Beamten den Anschein zu erwecken, als ob sie die Schützerin der Beamtenrechte sei. Dabei waren es ihre Hintermänner, die Landbündler, die „diesem Staat keinen Pfennig“ zugestehen wollten, und die Industrie, die trotz maßloser Bereicherung sich immer wieder an wirklichen Besitzsteuern vorbeizudrücken mußte; also diese Kreise waren es gerade, die die Aushungerung der Reichsfinanzen planmäßig betrieben haben. Jetzt, wo das Reich am Rande des Abgrundes ist, sperrt die Industrie im Ruhrgebiet und anderwärts massenhaft Arbeiter aus, die der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge anheimfallen, und sie schwächen so weiter die Beträge, die dem Reiche aus seinen geringen Einnahmequellen zur Verfügung stehen. Hernach tut man verwundert, warum kein Geld da ist, schlumpst und schreit über Marxismus und steckt im Klubfessel seine Havana an.

Die verzögerte Gehaltszahlung des Reiches ist also das Weihnachtsgeld des Reiches an die Beamten. Nicht genug damit, daß die allgemeine Verarmung gerade in der kritischsten Zeit zu einem Abbau des Beamtenapparates zwingt — der läßt sich nicht ganz vermeiden —, nicht genug damit, daß man weiter den noch übrigbleibenden Dienern des Staates Hungergehälter in Aussicht stellt, die die Beamtenschaft früher oder später von allen tüchtigen und gewissenhaften Elementen besser reinigen werden, als jede noch so willkürliche andere Maßnahme — nicht genug mit diesen Einschränkungen, muß man jetzt die Gehaltszahlung teilweise aussetzen. Gewiß bedeutet diese Verzögerung nicht viel, wenn man sie vergleicht mit den maßlosen Entbehrungen, denen die Arbeiterchaft infolge der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit der letzten Zeit ausgelehrt war; sie bedeutet aber ungeheuer viel, wenn man berücksichtigt, daß gleichzeitig mit der Verzögerung der Gehaltszahlung durch die Kürzung der künftigen Gehälter eine Unsicherheit und eine Sorge um die naechte Existenz bei den

Beamten eingerissen ist, die diese bisher nicht kannten. Der Trost, daß man auf weitere Steuereingänge in Bälde hofft und dann die Zahlungen vornehmen kann, ist gering. Es mag ruhig anerkannt werden, daß ein Teil der einsichtigen bürgerlichen Presse jetzt zu beschleunigter Steuerzahlung aufruft in klarer Erkenntnis der Gefahr, die dem Staatsganzen aus dem sonst unvermeidlichen Zusammenbruch erwachsen muß. Aber alle Beamten, die sich nicht von der reaktionären Phrase haben verblenden lassen, wissen, daß auf den Zahlungswillen des Bürgertums alles andere als goldene und nicht einmal anständige papierene Berge zu setzen sind. Der Trost ist also schwach. Die Sorge bleibt. Und was die Zukunft bringt, weiß niemand.

Gerade jetzt ist es an der Zeit, daran zu erinnern, daß man den Genossen Hilferding seinerzeit in bürgerlichen Kreisen bekämpft und schließlich deshalb zu Fall gebracht hat, weil er mit dem Plan der Zwischenwährung keinerlei Konzessionen an die besitzenden Kreise verband. Hilferding ging, und die Rechnung, die die anderen machten, können jetzt die Beamten mitzahlen, nachdem das deutsche Volk als Ganzes sie in jahrelanger Inflation lange genug gezahlt hat.

Noch jetzt redet die reaktionäre Presse sofort von Steuer-„Sabisimus“, wenn auch nur in weiter Ferne ein schärferes Anziehen der Steuerschraube gegen den Besitz sich ankündigt. Wenn die nationale Phrase mit dem Geldbeutel bestätigt werden soll, dann ist es freilich mit dem Nationalgefühl aus. Diese Leute, und niemand anders, sind es, welche jetzt den Beamten ihre Gehälter kürzen und der Regierung, die den Einflüsterungen und Protesten der besitzenden Kreise nachgegeben hat, ist höchstens der Vorwurf zu machen, daß sie nicht den Mut fand, sich den widerstrebenden Elementen gegenüber durchzusetzen. Gewiß ist es besser, wenn sie eher ihre Zahlungsunfähigkeit eingesteht, als noch einmal mit dem gefährlichsten Mittel, dem Weiterarbeiten der Rentenpresse, zu spielen. Aber der Vorwurf kann ihr nicht erspart werden, daß sie sich auf die Gegebenheiten der Finanzlage viel zu spät eingestellt hat und nun auch diejenigen unter ihren Unterlassungen leiden lassen muß, auf deren Dienste sie sich stützen muß.

Die verspäteten Steuerpläne.

Das Reichskabinett beschloß sich am Donnerstag mit der Beschleunigung der Einziehung der auf Goldbasis gestellten Steuern. In Frage kommt neben der Einkommen- und Körperschaftsteuer für das Jahr 1923, auf die für je 1000 M. Steuerzuschuß des vergangenen Jahres 0,40 bzw. 0,60 M. nachzuschlagen sind, die Vermögenssteuer für das Jahr 1924. Sie wird ganz auf Gold gestellt und nach dem gemeinen Wert berechnet. Von Bedeutung ist, daß bei Wertpapieren der wirkliche Kurswert errechnet wird. Der Tarif sieht durchschnittlich 5 vom Tausend vor. Der Satz ermäßigt sich jedoch bei Vermögen unter 50 000 Goldmark auf 4 vom Tausend und bei Vermögen unter 25 000 Goldmark auf 3 vom Tausend. Bei Vermögen über 100 000 Goldmark sollen Zuschläge in Höhe von 20 bis 60 Proz. der Steuer berechnet werden. Die Regelung der Einkommensteuer erfolgt im Anschluß an die Vermögenssteuer in Form von Zuschlägen. Sie betragen für die Landwirtschaft eine Goldmark pro 1000 M. des Vermögenssteuerwertes pro Quartal, bei Handel und Gewerbe 2 Proz. der Abnehmer, abzüglich der gezahlten Löhne und Gehälter. Freie Berufe zahlen von ihren Einnahmen, die über die Werbungskosten hinausgehen, 10 und 20 Proz., wenn diese mehr als 1000 Goldmark betragen. Die Kapitalertragsteuer soll wieder mit 10 Proz. erhoben werden. Die Weinsteuern, die wie Verbrauchs- und Verbrauchssteuern auf Gold gestellt wird, ist auf 20 Proz. des Kleinhandelspreises, zuzüglich 5 Proz. für die Gemeinden, festgesetzt worden. Der Lohnabzug für die Arbeitnehmer ist beibehalten worden. Er ermäßigt sich nach der Alterszahl und steht eine Freigrenze bis wöchentlich 10 Goldmark vor.

Die Mietzinssteuer soll die durch Nichtaufwertung von Hypotheken und Obligationen gesteigerte Leistungsfähigkeit des immobilien Besitzes steuerlich unter allen Umständen ausbald machen. Jedoch will sich die Regierung darauf beschränken, höchst bzw. Mindestsätze festzusetzen und die weitere Regelung den Ländern und Gemeinden zu überlassen.

Ueber den Inhalt dieser Steuernorschläge ist zu sagen, daß sie sich gegenüber den früheren Projekten der Regierung nicht wesentlich geändert haben. In der Hauptsache treffen auf sie die Bedenken zu, die wir am letzten Sonntag eingehend dargelegt und begründet haben. Gewaltige Verbrauchssteuern bei verhältnismäßig geringer Belastung des Besitzes kennzeichnen das Projekt. Neu ist die erhöhte Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer und die beschleunigte Vorauszahlung auf die Einkommensteuer. Die Bewertungsmas-

säbe, insbesondere bei Aktienvermögen, sind endlich etwas reformiert, die seinerzeit preisgegebene Kapitalertragssteuer ist wieder aufgenommen, aber man vermischt den großen Grundgedanken, der eine wirkliche Reform der Reichsfinanzen bringen müßte, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß durch die erhöhten Zuweisungen an die Gemeinden und Länder der Bedarf des Reiches erheblich gewachsen ist. Das Wesentliche ist, die Entwürfe enthalten nichts, was bei klarer Einschätzung der Sachlage schon vor Wochen, ja selbst vor Monaten nicht hätte beschlossen werden können, wenn man wirklich vorbeugen wollte. Die Dultung für die Verzögerung wird jetzt zur Zahlung präsentiert.

Die Steuernotverordnung beschlossen.

Das Reichskabinett genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die zweite Steuernotverordnung und stimmte den Richtlinien über die Schadloshaltung der ausgewiesenen Beamten zu.

Preussische Regierung und Beamtenehälter

Das Preussische Staatsministerium befaßte sich in seiner Mittwochsitzung mit den (vom Reiche) neu festgesetzten Beamtenehältern. Uebereinstimmend wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Gehälter, insbesondere in den unteren und mittleren Stufen, unzulänglich seien. Es soll die erste Gelegenheit, die sich bei einer Besserung der Lage der Staatsfinanzen bietet, benutzt werden, um eine generelle Aufbesserung der Gehälter in die Wege zu leiten.

Neue Schritte der Reichsregierung.

Direkte Verhandlungen mit Frankreich.

Die Reichsregierung scheint nunmehr endlich entschlossen zu sein, alles daran zu setzen, um mit Frankreich zu direkten Verhandlungen zu kommen zur Lösung des Reparationsproblems und der damit eng verbundenen Frage über das künftige Schicksal von Rhein und Ruhr. Die Arbeiten der beiden Ausschüsse, die die Reparationskommission einberufen hat zur Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands und der Möglichkeit, die Kapitalflucht aus Deutschland zu erforschen, können die direkten Verhandlungen von Staat zu Staat nur fördern. Das deutsche Volk hat alles Interesse daran, daß die internationale Untersuchung über die deutsche Kapitalflucht zu einem Ergebnis führt, damit Deutschland die Möglichkeit erhalte, die Kapitalien, die sich der deutschen Besteuerung entzogen haben, zu erfassen. Denn nichts belastet die deutsche Außenpolitik mehr als die im Ausland weit verbreitete und z. T. begründete Ueberzeugung, daß große Bestände des deutschen Vermögens sich in Form von Devisen und Sachwerten im Ausland befinden. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß das deutsche Unternehmertum es meisterhaft verstanden hat, in einer Zeit, da der deutsche Staat und das deutsche Volk in das größte Elend versank, ungeheure Kapitalien in ausländische Unternehmungen unterzubringen. Wir wünschen dem internationalen Untersuchungsausschuß der Reparationskommission im Interesse des deutschen Volkes und der Förderung der außenpolitischen Beziehungen den allergrößten Erfolg auf diesem Gebiete, wenn auch eine gewisse Skepsis angesichts der Verflechtung des internationalen Kapitalismus am Platze ist. Betreits auf der Konferenz von Genéva waren die im zuständigen Ausschuß angeregten Maßnahmen zur Feststellung der verschobenen Kapitalien an dem Widerstand der Sachverständigen verschiedener Länder, insbesondere der Neutralen, gescheitert.

Mit der Annahme der Einladung zur Teilnahme an dem Untersuchungsausschuß über die deutsche Leistungsfähigkeit sind die Vereinigten Staaten zum ersten Male seit ihrer Ablehnung der Ratifizierung des Versailler Vertrages aus ihrer Reserve gegenüber Europa herausgetreten. Die Frage der Klärung der deutschen Leistungsfähigkeit ist allerdings durch das Rhein- und Ruhrproblem wesentlich schwieriger geworden. Denn auch dieser internationale Ausschuß wird, wenn er eine Bilanz von Deutschland aufmachen will, an der Frage nicht vorbeikommen können, ob Deutschland noch über Rhein und Ruhr mit deren hoch entwickelter Wirtschaft verfügt oder nicht. Es sei denn, daß er zwei verschiedene Bilanzen aufstellt; die eine, die die besetzten Gebiete einschließt, die andere, die lediglich Rumpldeutschland umfaßt. Es wird nun versichert, daß die Reichsregierung, um die Klärung dieser Frage zu beschleunigen, in diesen Tagen von sich aus an die französische Regierung herantreten will, um in direkten Verhandlungen von Regierung zu

Die Markt in New-York: Ein Dollar 3,7 Billionen.

Regierung zu einer Regelung der Rhein- und Ruhrfrage zu kommen. Allerdings steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die Micum-Verträge und andere wirtschaftliche Abkommen, wie sie in jüngster Zeit im besetzten Gebiet z. B. mit der chemischen Industrie und der verarbeitenden Industrie zustande gekommen sind, nicht die Grundlage abgeben können für die kommenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Wie sich diese Beziehungen nach dem 15. April, wo die jetzt geschlossenen Verträge ablaufen und auf alle Fälle nicht mehr von der Reichsregierung garantiert werden sollen, zu gestalten haben, soll nicht mehr Sache der Industrie, sondern Ziel und Aufgabe der Verhandlungen von Regierung zu Regierung sein, wenn anders das Reich nicht vollkommen kapitulieren will vor dem internationalen Kapitalismus.

Die Lage im besetzten Gebiet.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ hat die allgemeine Wirtschaftslage im Ruhrgebiet sich infolgedessen gebessert, als ein kleiner Teil der Belegschaften von einzelnen Zehnerverwaltungen wieder beschäftigt wird. Von einer wirklichen Verminderung der katastrophalen Erwerbslosigkeit könne aber kaum die Rede sein. Die Verhandlungen in Münster, die von Vertretern der Preussischen Staatsbergwerke über die Arbeitsregelung auf den Staatsbergwerken aufgenommen wurden, hätten bisher nur die Unmöglichkeit gezeigt, auf der bisherigen Grundlage weiter arbeiten zu lassen. Es sei beschlossene worden, alle Belegschaften wieder zur Arbeit zuzulassen mit der Einschränkung, daß nur vier Schichten wöchentlich verfahren werden, und zwar jede Schicht zu acht Stunden unter Bezahlung der Stunde mit einem Siedehel des Tariflohnes. Dies entspricht den kürzlich zustande gekommenen Vereinbarungen des Zehnerverbandes mit den Bergarbeiterorganisationen.

Die amerikanische Kinderhilfe.

Ein Telegramm des Reichspräsidenten Ebert.

New York, 13. Dezember. (W.T.B.-Funkspruch.) General Allen von einer amerikanischen Hilfskommission für deutsche Kinder teilt mit, daß ein aus dem Professor für öffentliche Gesundheitspflege an der Columbia-Universität Dr. Emerson und dem Professor der Nationalökonomie an der Pennsylvania-Universität Dr. Patterson bestehender Ausschuss zur Beobachtung der Verhältnisse nach Deutschland geschickt werden würde. Die Entsendung erfolgt, wie es heißt, auf Ersuchen des Reichspräsidenten Ebert.

Das Telegramm des Reichspräsidenten an den General Allen hatte, wie wir erfahren, folgenden Wortlaut:

„Mit tiefer Ergriffenheit haben wir von der überall sichtbaren Sympathie in Amerika für Millionen von unterernährten Kindern in unserem Lande vernommen und gehört, daß Sie an der Spitze eines Ausschusses stehen, der in Amerika Mittel sammeln will, um unseren Kindern zu helfen.“

Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, wie sehr wir diesen Beweis teilnehmenden Mitgeföhls würdigen.

Wir haben schon die amerikanischen Quäker gebeten, zurückzutreten und die Rettung der Lebensmittelhilfe für Kinder in Deutschland zu übernehmen.

Sie haben zugesagt, und wir haben sie jeder möglichen Unterstützung der Regierung versichert.

Wir haben bis zuletzt gezögert, an die ausländische Wohlthätigkeit zu appellieren, versichern Sie jedoch, daß wir, wenn das amerikanische Volk dazu bereit ist, dies nicht nur aufs herzlichste begrüßen, sondern unsere Bitte anschließen, schnell zu handeln, um das Verhungern von zahllosen Kindern zu verhüten.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine hieher gesandte Kommission verantwortlicher Amerikaner sofort die Notwendigkeit für die von Ihnen beabsichtigten Hilfsmassnahmen erkennen würde.

Wir würden eine solche Kommission willkommen heißen und ihr in jeder Weise behilflich sein, sich von der tatsächlichen Lage zu überzeugen.“

Auf das Telegramm ist folgende Antwort eingetroffen: „Auszug von Empfang Ihres Telegramms hatte Staatssekretär Hoover in einer Erklärung die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit auf die Tatsache gelenkt, daß Hunderttausende des deutschen Volkes in diesem Winter vor Hunger und Verhungern stehen. Weil ich wußte, daß diese Katastrophe droht, füllte ich mich gebrungen, einen amerikanischen Hilfsausschuss für deutsche Kinder zu organisieren und einen Plan in Angriff zu nehmen, nach dem für dieses durch die amerikanischen Quäker zu leistende Hilfswert 10 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten aufgebracht werden sollen. Ihrer Anregung, eine amerikanische Studienkommission zu entsenden, kommen wir gern nach.“

Dr. Haven Emerson, Professor für öffentliches Gesundheitswesen an der Columbia-Universität, eine der ersten amerikanischen Autoritäten auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, und Dr. Ernest M. Patterson, Professor der Nationalökonomie an der Pennsylvania-Universität, reisen noch in dieser Woche nach Deutschland ab. Beide Herren kommen als unparteiische Beobachter in voller Unabhängigkeit von den Quäkern und von dem Hilfsausschuss. Sie werden das Hungerland unter den deutschen Kindern sorgfältig studieren und unverzüglich über die Lage, von der Sie in Ihrem Telegramm so eindringlich sprechen, an den Hilfsausschuss berichten. Amerika hat niemals taube Ohren gehabt für den Ruf der leidenden Menschheit. Da wir wissen, daß schnelles Handeln nottut, darf ich mitteilen, daß die amerikanischen Quäker aus Mitteln, die der Ausschuss aufgebracht hat, bereits Lebensmittel im Werte von mehreren Hunderttausend Dollar zur Verfügung haben, die auf schnellstem Wege in die Hamburger Lagerhäuser, wo die Verteilung zentralisiert ist, gebracht werden. Herr Henry Tattnall Brown, der am nächsten Sonnabend nach Deutschland fährt, wird als Vertreter der amerikanischen Quäker die deutschen Kinderleistungen leiten.“

Noch immer kein Reichsbankpräsident.

Auf der gestrigen Tagesordnung der öffentlichen Reichsrats-sitzung stand u. a. die Wiederbesetzung des Postens des Reichsbankpräsidenten, wofür der Reichsrat das Vorschlagsrecht hat. Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgeseht, und zwar, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, aus dem Grunde, weil die Ausschüsse des Reichsrats über die vorzuschlagende Persönlichkeit sich nicht einigen konnten. Der in Betracht kommende frühere Reichsfinanzminister Dr. Helfferich fand nicht die Zustimmung, wurde vielmehr von allen Ländern mit Ausnahme Bayerns abgelehnt. In Betracht kommt nunmehr wahrscheinlich der Reichswährungskommissar Dr. Schacht. Gegen diesen hat allerdings Bayern Widerspruch erhoben.

Krisenstimmung in Sachsen.

Dresden, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschnationale Fraktion des sächsischen Landtages hat einen Antrag eingebracht, der dem Innenminister Liebmann das Mißtrauen ausspricht. Der Antrag, über den der zurzeit tagende Landtag erst in der Diensttagssitzung abstimmen wird, dürfte voraussichtlich mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt werden. Den Kommunisten ist es aber etwa nicht daran zu tun, dadurch die Regierung fallig zu stellen, sondern sie wollen im Gegenteil nach der Abkehrung des Mißtrauensantrages gegen Liebmann einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett einbringen und dadurch die Gesamtregierung erledigen, weil das durch die Annahme des Mißtrauensantrages gegen Liebmann nicht möglich wäre. Voraussichtlich wird die kommunistische Absicht gelingen. Nach den bisherigen Verhandlungsergebnissen zu urteilen, dürften auch die Demokraten für den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett stimmen. Die Kommunisten und Deutschnationalen beabsichtigen nach dem Sturz der Regierung, je einen besonderen Auflösungsantrag einzubringen.

Dresden, 13. Dezember. (W.T.B.) Der sächsische Landtag wählte in seiner gestrigen Sitzung einen fünfzehngliedrigen Untersuchungsausschuss, der die Amtstätigkeit des früheren Ministerpräsidenten Dr. Zieger und die Führung des Strafverfahrens gegen ihn zu untersuchen haben wird. Die ferner in Aussicht genommene Wahl eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die mit dem Einrücken der Reichswehr in Sachsen zusammenhängenden Beschwerden usw. mußte verschoben werden, da die Deutschnationalen ihre Beteiligung an diesem Ausschuss ablehnten.

Münchener Urteile.

München, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Volksgericht in München hatte sich unser Genosse Buison, der Leiter der aufgelösten S.-A., wegen zweier Vergehen gegen die Notverordnung zu verantworten. Ursache der Anklage war eine gefällige Veranlassung der S.-A. im September d. J., bei der einige Teilnehmer entgegen dem besitzrechtlichen Verbot in S.-A.-Uniform erschienen waren und nach der Veranstaltung eine sogenannte Geleitfeier abhielten. Buison wurde zu 8 Goldmark Strafe verurteilt. Bezeichnend war die Aussage eines Zeugen, daß ihm damals ein Oberleutnant der Landespelizei Anerkennung für die musterhafte Disziplin der S.-A. ausgesprochen hat mit dem Bemerkten, daß es eine wesentliche Dienstleistung für die Landespelizei wäre, wenn die rechtsgerichteten Organisationen die gleiche Manneszucht und das gleiche Wohlrhalten an den Tag legten würden. In diesem Zusammenhang hat es auch besonderes Interesse, daß der genannten Geleitfeier folgende Annahme zugrunde lag: Die Bünde Nationalsozialisten, Oberland- und Reichskriegsflagge putzten in München, die rechtmäßige Regierung hat bayerische Reichswehr und Landespelizei von auswärts zu Hilfe gerufen, die S.-A. hat sich der verfassungsmäßigen Regierung zur Verfügung gestellt und die Aufgabe erhalten, eine von den Putzschiffen besetzte Eisenbahnbrücke für die Einfahrt eines militärischen Hilfszuges frei zu machen. Abgesehen davon, daß dieses Thema beweist, wie richtig die Sozialdemokratie die Entwicklung, die zu den Ereignissen am 8. und 9. November führen mußte, vorausgesehen hat, ist diese Aufgabensstellung auch ein lebendiger Beweis für die verfassungstreue Einstellung der aufgelösten S.-A.

München, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die erste Gerichtsverhandlung im Zusammenhang mit den Ereignissen des Hitler-Putschs beschäftigte sich mit einem Demonstrationszug von Hakenkreuzlern am 10. November, bei dem der Reichsbeamte Heinrich Huber einem Polizeiwachmann einen gefährlichen Messerstoß beibrachte. Huber, der vor Gericht die erbärmliche Ausrede gebrauchte, er habe sich nur eine Zigarettenspitze abschneiden wollen und sei dabei ins Gebränge gekommen, wobei der Wachmann wahrscheinlich die Verletzung erhalten habe, wurde wegen Aufruhr und gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, nachdem der Staatsanwalt 5 Jahre Zuchthaus beantragt hatte.

Bayerische Kampfbündel.

Zu Stelle der verbotenen Organisation des Kampfbundes haben sich in Bayern im geheimen andere Bünde aufgetan, über deren Streben und Ziel niemand sich einem Zweifel hingeben kann. Vor allem ist der von der Bayerischen Volkspartei großgezogene Vaterländische Bund „Bayern und Reich“ ein großartiger Unterschlupf für die Mitglieder der aufgelösten Hitler-Bünde geworden. Im Schlingensiefel, dem Hauptort der vaterländischen Werkschau, ist das schon so weit gediehen, daß der dortige Bund „Bayern und Reich“ eine politische Partei geworden ist, deren Hauptstützpunkt im Kampf gegen die Bayerische Volkspartei besteht. Das geschieht in Versammlungen und Flugblättern, wobei gewisse Jugenderzieher des Rosenheimer Gymnasiums als Vorstandsmitglieder im Bund „Bayern und Reich“ eine Hauptrolle in der Pflege des Hitler-Geistes spielen. Die Ortsgruppe Rosenheim hat sich auch offen gemeldet. „Ich zu Schergen gegen die Kameraden vom Kampfbund herzugegeben“, d. h., sich als Notpolizei von der bayerischen Regierung gebrauchen zu lassen.

Okkulte Erlebnisse und okkulte Tatsachen.

Von R. H. Döcher.

Wie in allen Zeiten großer Umwälzungen und sozialer Verwicklungen erleben wir auch heute wieder in den davon betroffenen Klassen ein Wiedererleben längst für überwunden gehaltenen primitiver Anschauungsformen. In weiten Kreisen des Bürgertums greift jede Form des Aberglaubens, die längst unter die Bewußtseinschwelle gesunken war und sich nur noch bei den sogenannten kleinen Leuten, den nicht von der Entwicklung vorwärtsgetragenen Schichten, als Spuklicht erhalten hatte. Es gibt fast eine Verdrängung und Karneval, die auf anderen Stufen der Erkenntnis und wirtschaftlichen Entwicklung erklärlich, aber heute nur als Rückfall und Verfallerscheinung denkbar, in diesen Schichten keine Anhänger fände. Wir leben in einem Zeitalter der „okkulten Wissenschaften“. Die Schicksale werden wieder aus den Sternen gelesen, wenn nicht lieber aus den Handlinien, organische Krankheiten werden weggebetet, mit Julius Cäsar oder Napoleon kann man ein Wunderwunder aus dem Unmögliche durch ein Medium erschaffen, die Hände schreiben französische Briefe, und immer noch wird mit Eifer behauptet, daß die Pferde Kubitwurzeln ausziehen können. Alle diese und viele andere Dinge gehen unter dem Gesamtnamen der okkulten, d. h. geheimen Wissenschaften, die, ein Widerspruch in sich, Vorgänge erklären sollen, die wir weder kennen noch erklären können.

Es war ein Verdienst von Thomas Mann, dessen Verdienste sich sonst auf dem Gebiete der schönen Literatur bewegen, in ein Kollodium dieser dunklen Angelegenheiten (in seinem Vortrag in der Singakademie) ein wenig hineingeleuchtet zu haben. Er berichtete über seine okkulten Erlebnisse, nicht etwa die, die er als Dichter gehabt habe oder als Forscher, sondern nur als bescheidener Teilnehmer und Zuschauer in einer jener Ständen, die München in den Kreisen der Wissenschaft beinahe ebenso berühmt gemacht haben wie die politischen Karrieren in anderen. Es handelt sich um die Materialisationsphänomene, die der Münchener Retenarzt v. Schrenk-Höfing entdeckt haben mit und neuerdings mit Hilfe eines neuen Mediums, eines jungen 18jährigen Zehntelners Willi Heß, der saurenden Welt denonstrieren. Thomas Mann konnte aus eigenen Beobachtungen über eine solche Sitzung berichten, von denen die meisten Zeiten sonst nur in groben Ueberreibungen erfahren. Wie ein deutscher Professor, allerdings wie ein eleganter westmännlicher, berichtete Thomas Mann, dem man den Dichter glücklichlicherweise nicht ansieht, mit einem gewissen ironischen Humor über das — Defizit, das er erlebte und das sich bei seinen Zuhörern notwendigerweise in eine Enttäuschung umsetzen mußte.

In der Tat war das Ergebnis des Abends dürftig genug. Man weiß aus zahlreichen anderen Berichten, unter anderem in der „Mensch“, wie es bei solchen Sitzungen zugeht. Der Mann wird fast ganz verdrängt, die Zuschauer bilden eine Reihe (um das Medium nicht stören zu können), das Medium wird kontrolliert durch zwei Personen, die seine Hände halten, und in den sogenannten Trancezustand versetzt. Wenn es dann seinen feindlichen Stimmungen begegnet — wie es immer behauptet, wenn die Sache nicht klappt —, vermag es folgendes zu bewirken: ein Taschentuch

erhebt sich, ohne daß man die Ursache sieht (in dem Dunkel könnte man sie auch nicht erkennen), vom Boden und fällt wieder zu Boden, eine Glode wird angezogen, eine Spieluhr in Bewegung gesetzt, Hitzedale machen Bewegungen durch die Luft, und als Höhepunkt erscheint irgend etwas, das wie Arm oder Kopf aussieht, aus einem Vorhang heraus. Alle diese Dinge spielen sich in fast ganz dunklem Raumbesitz ab, und zwar in einer Enfernung von ca. 1½ Metern vom Medium. Niemand hat Erlaubnis oder Möglichkeit, pöhllich Licht zu machen oder nach dem Taschentuch, unter dem Thomas Mann deutlich Handnadel wahrzunehmen glaubte, zu fassen. Für jedermann, der die Dinge länger kennt und mit den zahlreichen Enttäuschungen vertraut ist, die immer wieder seit Jahrzehnten gegenüber ganz gleichen Erscheinungen erfolgt sind, ist es außer Zweifel, daß auch hier wieder der so oft bewiesene Humpen, d. h. Taschentuchspielerei und Täuschung, vorliegt. So lange diese Dinge bekannt sind, ist es noch nie gelungen, ein einziges davon wissenschaftlich einwandfrei als Tatsache nachzuweisen. Auch die Entdeckung des Herrn v. Schrenk entziehen sich der wissenschaftlichen Nachprüfung und verhalten sich nur im Kreise von ihm genehmer Personen und unter Bedingungen, die einer wissenschaftlichen Kontrolle nicht standhalten.

Man muß Herrn Thomas Mann den Vorwurf machen, daß er seine Erlebnisse, an deren Ehrlichkeit und richtigen Wiedergabe ich nichts anzusehen wüßte, als Tatsachen hinstellt, ja daß er sich zu dem Worte verheißt, die Vernunft beständig anzuerkennen, was die Vernunft leugnen muß. Die Schilderung, die er von diesem Abend entwarf — er las sie übrigens ab —, war ein nettes, impressionistisches Feuilletton. Aber es ließ die Zuhörer absolut im Unwissen darüber, wie der Wundertäter selber innerlich dazu steht. Herr Mann bekannte sich als wohlwollenden Skeptiker im allgemeinen, aber absoluten Gegner jener weitergehenden spirituellen Theorien von Geistern und ähnlichem, die sonst aus solchen mediumistischen Erscheinungen abgeleitet werden. Er versäumte auch nicht, die ganzen möglichen und tatsächlichen Ergebnisse solcher Veranstaltungen als wenig tiefe, trübe Berührungen fustelartigen Charakters, ja mehr oder weniger als Rindereien und verabscheuungswürdigen Hirnerregungen hinzustellen. Aber er plädierte — was ja niemand bestritt — für das Recht der Forschung durch Schminz und Karreite hindurch, wie sie von der Welt der Medien sich nicht trennen lasse, unbekanntes Naturkräfte nachzuforschen. Und er glaubt feststellen zu können, daß hier positive Tatsachen vorliegen, die nicht als Betrügerei zu erklären sind und die er freilich als Goutelosen träber, untermenschlicher Kräfte, als Verleumdungen und Fernwirkungen des sich wie in einem Gebirgslande wühlenden Mediums definiert.

Sehr ergötzlich war die Charakterisierung des Rilkeus, die Thomas Mann entwarf. Trübsinniger, trivialer und bedeutungsloser kann man sich die Verbindung mit den Geistern — oder exakter gesprochen — mit den okkulten Kräften wirklich nicht aussagen. Sollte es wirklich solche Kräfte geben, so könnte man sie rubin der exakten wissenschaftlichen Forschung überlassen, wie wir der Wissenschaft auch die radioaktiven Kräfte — um nur ein unendlich größeres und wichtigeres Beispiel zu nennen — als ihre Domäne überlassen haben.

Würde es nicht wirklich lächerlich sein, wenn Thomas Mann über seine radioaktiven Erlebnisse berichten würde? Und doch scheint

uns kein Unterschied zu sein zwischen radioaktiven und okkulten Erlebnissen — vom wissenschaftlichen Standpunkt aus wenigstens. Heute freilich kann noch auf dem Gebiet der Wissenschaft von Menschen, wozu wir auch die angeblichen mediumpflichtigen Erscheinungen rechnen, Scharlatanerie und Schwindel sich geltend machen. Es war das gute Recht von Thomas Mann als Privatmann, sich auf dieses Gelände zu begeben, aber laßt er sich damit in die Öffentlichkeit hinauswagen und zwar nicht als Dichter, sondern als Berichterstatter, muß er sich sagen lassen, daß Erlebnisse nach lange keine Tatsachen im wissenschaftlichen Sinne sind, und daß das, was Thomas Mann nicht erklären kann, kein Beweis für okkulte Kräfte ist, sondern sich unter gehöriger wissenschaftlicher Kontrolle auch diesmal als Humpen herausstellen würde. Der Dichter Thomas Mann kann sich zu seiner Rechtfertigung auf eine Reihe von großen Forschern und Gelehrten berufen, die wie er gleichen Taschentuchspielereien in die Hände gefallen sind. Die Kenntnis von diesen Reinfällen und Enttarnungen hätte ihn vorläufiger gemacht. So wiederholt er das alte Schauspiel des ehrlich Dichters, der nur die Hände nach dem mysteriösen Taschentuch hätte auszustrecken brauchen, um den okkulten Kern zu enthüllen.

Melchor Döcher's „Debutant“, die acht Bilder, für die der diesjährige Kleispis ausgeteilt wurde, kam im Schauspielhaus in Frankfurt a. M. zur Aufführung. Es ist eine feine literarische Verarbeitete um jene Anekdote: Ein seltsam aussehender Mensch geht zum Arzt, der Arzt rät dem Gemütskranken, an den Spähen des Komödianten Debutant das Lachen wieder zu lernen; und der Patient antwortet: Ich bin ja Debutant. Das Werk ist klüftig, die Sprache ist mal; nur von fern schimmert eine Vision von Shakespeares-Bühnenleben halblich durch. Jemand wie wird die große Frage nach dem inneren Menschen, nach Schuld und Sühne erhoben, doch bald errätet stift die Hand. Es bleibt nur die alte Weise des Balazza. Die äußere Handlung ist ein Wort Debutant, an der Irene der Geliebten erte worden, ist das Kind. Vom Verdacht des Wortes schauspielert er sich frei, aber den Folgen der Schuld erliegt er; denn es ist kein eigenes Kind, das er getötet hat. Das Spiel schließt aber auch als ein der eigentlichen Schauspielers (wie wir deren andere in der Literatur haben); denn es wird der unendliche Versuch gemacht, dem Zuschauer eine schauspielersche Suggestion aufzuzwingen, die der eigenen Wahrnehmung des Theaterbesuchers auf der Bühne widerspricht. Die Aufführung unter Richard Wülfel verfiel dem Werk, das sich Theaterstück nennt, nur mittleren Erfolgs, obwohl — aber auch in diesem Fall vielleicht weil — sie ins Innere zu gehen suchte.

Die Uraufführung bringt am 14. und 16. Dezember, abends 8½, Uhr, und am 15. Dezember, abends 6 Uhr, im Theateraal in Verbindung mit dem okeleischen Rollenstudium einen Räum vor das Publikum, der zu den zuerst bedeutungsvollen, politisch-wissenschaftlichen Fragen Stellung nimmt: In welcher Weise stellt sich unsere Anarchie und Weltanschauung auf die Verdrängung des Rollenmarktes? Der Film „Die wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle“ zeigt wie die Braunkohle in geologischen Veränden der Erde entstand, wie sie gemauert und verarbeitet wird. Im Lustspielhaus findet am Sonntag, den 15., radum 3 Uhr, eine Märchenvorstellung „Der Ragenpeter“ von Franziska Heller, Regie und Bühnenbilder von Hans Richter, statt.

Die Abrechnung im Landtag.

In seiner gestrigen Rede im Landtag hielt Innenminister Geyser eine Abrechnung mit den Deutschnationalen und Kommunisten. Im ersten Teil seiner Rede, über die wir bereits in einem Teil der Abendausgabe berichteten, erklärte er den größten Teil der kommunistischen Beschwerden für erfunden oder stark übertrieben. Sollten die Kommunisten fortfahren, in ihren Anfragen an die Staatsregierung einen ungebührlichen Ton zu gebrauchen, so werde er sie nicht mehr beantworten. Was die Deutschnationalen anbelange, so hätten sie schon vor Jahresfrist bei der Verabschiedung der ostpreussischen Landräte Luwers und v. Braun eine furchtbare Empörung der Bevölkerung vorausgesehen. Davon sei aber bis auf den heutigen Tag nichts zu spüren gewesen. Wenn man von deutschnationaler und großgermanischer Seite wegen der Verabschiedung mit Breitionen gedroht habe, so müsse er erklären, daß derartige Drohungen keinen Eindruck auf die Staatsregierung machen. Nachdem der Minister dann nach Beweise dafür gegeben hatte, daß die Auflösung des Nationalverbandes deutscher Soldaten zu Recht erfolgt, fuhr er fort:

Wenn man feststellen konnte, daß die Tätigkeit der Organisation C in den Nationalverband deutscher Soldaten verlegt wurde, und dieser also ebenfalls die Politik des Reichsmarktes betrieb, so kann man solche Verbände doch nicht als unabhängig bezeichnen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Wenn Herr Schlange-Schönungen sein überschüssiges Temperament in einer verantwortlichen Stelle verwenden könnte, dann würde er einsehen, daß man auf illegalem Wege keine Politik treiben kann. In Beurteilung der deutschnationalen Anfrage über das Verbot einer Protestkundgebung der bürgerlichen Partei in Halle erklärt der Minister, daß der Polizeipräsident von Halle gelegentlich von seinem Recht nach Art. 123 der Reichsverfassung, Kundgebungen, die die öffentliche Sicherheit gefährden könnten, zu verbieten, Gebrauch gemacht habe. (Widerstand bei den Deutschnationalen.) Was die Jugendverbände angeht, so bin ich der Behr, der die große Bedeutung unserer Jugend für den kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau verkennet. Was sich aber in der letzten Zeit an verschiedenen Punkten Deutschlands in bezug auf unsere Jugend ergeben hat, wor

nicht mehr Jugendverlesung, sondern Jugendumschmelzung.

Hauskinder sind bei den Deutschnationalen nicht allein vorgenommen worden, sondern am Tage vorher sind Hauskinder bei sämtlichen kommunistischen Führern erfolgt. Auch in Zukunft werden Hauskinder vorgenommen werden, falls der Verdacht von Verhöhnungen vorliegt. Die polizeilichen Ermittlungen führten u. a. auch nach Ostpreußen, hinein in die Organisationen des Jungdeutschlandbundes, des Wehrwill und des Viking. Das Reichswehrministerium hatte die Tage für so ernst angesehen, daß das Militär in der ganzen Provinz Brandenburg in den Kasernen konzentriert war. Die Verhältnisse lagen also zweifellos sehr ernst. Es hätten sich Leute zusammengesunden, um die Reichsmehr zu überfallen. Es heißt doch aber mit Ravonnen nach Späßen schiefen, wenn man auf deutschnationaler Seite eine einmalige Verlesung des Regierungspräsidenten Bold ins ungeheuerliche aufbauscht. Auch ein industrieller Arbeitergebet, band hat sich gegen die Rückkehr des Regierungspräsidenten Bold gewandt, weil er zu dessen Tätigkeit als Demobilisationskommissar kein Vertrauen mehr hatte. (Abg. Röder (dnal): Das wird schon stimmen!) Was würden Sie (nach Röder's) sagen,

wenn Arbeitergewerkschaften gegen einen deutschnationalen Regierungspräsidenten protestieren?

Eine Staatsregierung, die darauf eingeht, bestreift sich des Respekts, den sie unbedingt haben muß. Uebrigens stehen ja organisatorische Veränderungen in den Provinzen und Regierungsbezirken bevor, dabei wird wahrscheinlich auch die Stelle des Regierungspräsidenten Bold eingepart werden.

Schönungen, die nun den Herren Kommunisten zu. Von der preussischen Regierung sind nicht nur keine Konzentrationen errichtet worden, sondern das einzige Lager, das seit langem besteht und zur Aufnahme von Ausländern dient, das Lager bei Kottbus, wird am 31. d. M. aufgelöst. Der Abg. Kög hat gestern behauptet, noch niemals sei in Deutschland so gehungert worden wie jetzt in der glorreichen Republik. Nach meiner Kenntnis der Dinge ist es zwar in den Jahren 1846 bis 49 noch weit schlimmer gewesen, aber selbst wenn die Behauptung richtig wäre, muß man doch darauf hinweisen, daß das Land, das Ihnen (zu den Kommunisten) Ideal entspricht, gerade in den Jahren 1920/21 die größte Hungersnot erlebt hat (Crispien's Wissenstest bei den Kommunisten). Sie werden wissen, daß die wenig befriedigenden Ernährungsverhältnisse im besetzten Gebiet durch die längere Stilllegung der Städte der Produktion bedingt waren. Und haben nicht gerade Sie (zu den Kommunisten) die Verlängerung des passiven Widerstandes verlangt? (Sehr laut bei der Mehrheit. — Zuruf bei den Komm.: Im Bunde mit Russland!) Auf den Wahnsinn, den Widerstand an der Seite Russlands fortzusetzen, kann kein vernünftiger Mensch eingehen. Uebrigens freue ich mich über des Offenen Bekenntnis des Abg. Kög: „Diese Bürgerkrieg wird von uns mit allen Mitteln vordereit!“ Aber es bedurfte dieses Bekenntnisses nicht einmal, denn wir wußten das längst aus Zirkularen der kommunistischen Partei, die uns in letzter Zeit zur Kenntnis gekommen sind. Wenn Sie sich außerhalb der Gesehe stellen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie dann außerhalb der Gesehe stehen. Es kann keine Rede davon sein, daß die preussische Polizei gegen die kommunistische Partei oder Mitglieder der früheren kommunistischen Partei ungeschicklich vorgegangen ist. Der Minister geht dann auf die einzelnen kommunistischen Anfragen ein. Er rechtfertigt das Vorgehen gegen die Angeklagten der Roten Hilfe in holler und betont, daß die Polizeiverwaltung nicht daran denke, die Immunität von Abgeordneten anzutasten, daß sie sich aber das Recht vorbehalten müsse, auch Arbeitsräume von Abgeordneten zu durchsuchen, wenn dies notwendig erscheine. Was die Beschlagnahme der Roten Fahne angeht, so würde in normalen Zeiten kein Grund zum Einschreiten vorliegen. Aber wenn man in den heutigen Zeiten unter Ausnutzung der großen Notlage die Arbeiter in den Generalstreik lege, dann müsse mit allen Mitteln dagegen vorgegangen werden. Zu der kommunistischen Beschwerde über die Verhaftung des Abg. Schulz-Neußahn in Steier erklärt der Minister, daß er sofort am nächsten Tage die Freilassung angeordnet habe. Im übrigen werde niemand verhaftet werden, wenn nicht der Verdacht strafbarer Handlungen bestehe. Der Minister bricht seine Rede mit dem Hinweis auf die Verhandlungen nachzugehen, die sich bei der Ueberführung verhafteter Kommunisten

in Konzentrationslager abgeleitet haben sollen. Die Verantwortung für die Errichtung der Konzentrationslager und für das, was dort geschehe, müsse er abgeben. (Lärm bei den Kommunisten) Der Minister

weist die Angriffe gegen die Schutzpolizei zurück.

Die Schutzpolizei hat in dieser schweren Zeit ihre Aufgaben in ganz hervorragender Weise erfüllt. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Staatsregierung spricht der Schutzpolizei Dank und Anerkennung für ihre Tätigkeit aus. (Beifall bei der Mehrheit.) Ueber den Waffengebrauch der Schutzpolizei bestehen genaue Vorschriften. Es ist mir noch kein Fall mitgeteilt worden, daß die Schutzpolizei etwa ohne äußersten Druck von ihrer Waffe Gebrauch gemacht hat. Ich belege die Opfer in Feind und an anderen Stellen. Aber wenn ich vor der Wahl stehe: Sollen Angehörige der Schutzpolizei entwaffnet und mißhandelt, gar geißelt werden oder sollen Putschisten unschädlich gemacht werden, so entscheide ich mich für das letztere. Was ist aus meinem Wort über die Kommunisten als politische Kinder alles gemacht worden! Ich habe die Kommunisten niemals als politische Kinder bezeichnet, sondern nur das Verhalten der Kommunisten „politische Kinder“ genannt. Aus den „politischen Kindern“ sind meine Wiegensinder gemacht worden. (Heiterkeit.) Und ich bin zum politischen Vater der Kommunisten gemacht worden. Die Gewerkschaften sind der Schatten der Industrie, wenn diese daniederliegt, können auch sie nicht gedeihen. Anzeichen der Besserung sind bereits vorhanden. Jedenfalls bekenne ich mich zu meinem Erlaß. Mein System, wegen dessen ich sozial angegriffen werde, ist lediglich in dieser Zeit des Niederganges alle staatszerstörenden Kräfte zu sammeln, um aus dem zerrissenen deutschen Volk eine Nation zu machen. Das ist (nach rechts), glaube ich, deutsch und das ist national! (Zuruf: International!) Dieses System soll dem Ziele dienen, die wirtschaftliche und politische Not zu überwinden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Antrag auf Beseitigung der sämtlichen Großen Anfragen wird genügend unterstützt.

Abg. Mehinger (Z.): In Preußen hat sich tatsächlich eine gewisse Stabilität eingestellt, seit die große Koalition am Ruder ist. Herr Schlange-Schönungen von den Deutschnationalen hat in der „Deutschen Zeitung“ verlangt, daß mit den Sozialdemokraten alles aus der Regierung heraus müsse, was noch glaube, es gebe ohne die Sozialdemokraten nicht. Da zeigt sich der unstillbare Ruchthunger jener Kreise, die es gar nicht mehr erwarten können, sich wieder im Alleinbesitz der politischen Gewalt zu befinden. Die parlamentarische Regierung schafft Herr Schlange ebenso kategorisch ab wie die Reichs- und Staatsverfassung! Nun wissen wir also, woran wir sind.

Abg. Heilmann (Soz.):

Die Haltung der Bismarck-Jugend geht aus einem Bericht hervor, nach dem die Fester mit Abhängung der beiden Ehrhardt-Vieder schloß. (Lärm bei den Deutschnationalen.) Sind vielleicht diese Vieder offizielle Parteimitglieder der Deutschnationalen? Die Mitglieder der nationalen Verbände sind ebenso Reichsbekanntnisse wie die Kommunisten solche von links. Die Deutschnationalen sollten doch mal zeigen, was sie können. Die Sozialdemokratie würde als Arbeiterpartei zur Koalitionsfrage dieselbe Stellung einnehmen wie die englische, wenn die Verhältnisse ebenso wären. Das ist aber nicht der Fall. Wenn wir aus der Regierung hinausgingen, so würde jede Freiheit umgeworfen von bewaffneter Hand. Deshalb ist das Experiment nicht möglich, die Deutschnationalen einmal verläßlich zur Regierung heranzulassen; an freie Wahlen wäre dann nicht mehr zu denken. Die Politik der Deutschnationalen erklärt sich aus ihrer Sehnsucht nach Wiederherstellung ihrer alten Machtstellung. Die Stimme Bismarck's hat im Kriege den Ausschlag gegeben, und das deutsche Volk weiß, weshalb es zur Katastrophe für Deutschland gekommen ist. (Zuruf rechts: Friedensresolution!) Eine Friedensresolution kann den Erfolg von Wahlen nicht wegnehmen. Der militärische Zusammenbruch war da, die Folge ist, daß sich das deutsche Volk nicht mehr totstellen kann. Die Sozialdemokratie hat sich als eine deutsche Partei geföhrt. (Zuruf: Crispian!) Solange in Deutschland die Hohenzollern regierten, war meine Partei die Entrechtete, die nicht wert war, den Namen Deutscher zu tragen. Im Ruhrkampf haben die sozialdemokratischen Arbeiter in erster Linie in der Abwehr gestanden. (Zuruf bei den Deutschnationalen: Nicht nur in dieser!) Crispian's Soz war eine ungeschickte Formulierung; er hat auch im Reichstag erklärt, daß er sich genau so gut als Deutscher fühlte, wie jeder andere Sozialdemokrat; er hat mit dem Wort nur seinen Gegensatz zu dem kapitalistischen Deutschland ausdrücken wollen. Die Industriellen haben erklärt, sie könnten die Reparationslasten nicht tragen, sie könnten es nur mit dem Jehnstunden-tag; das ist bezeichnend. Meine Partei ist für internationale Verständigung, läßt aber dabei nicht das arme, geknechtete deutsche Volk im Stich.

Wehrhaft können wir das deutsche Volk nicht machen mit Schlag-ir-Feiern.

Wenn wir nicht zu einem vernünftigen Bänderbunde kommen, dann müssen wir die Kontrollvorschriften des Verlaßler Vertrages überwinden und das deutsche Volk wieder wehrhaft machen. Das geht aber nicht durch verbotene Geheimorganisationen, sondern durch eine vernünftige Politik. Mit dem Schlagwort vom „Marxismus“ und vom Klassenkampf will man das Bürgertum erschrecken und es für die Reaktion einstimmen. Der Sozialismus hat nicht verlegt, wohl aber die freie Wirtschaft, die sich seit dem großen Teil an unserer letzten wirtschaftlichen Notlage. Die Produktion zu heben wird mit Herendunkel, Putschisten usw. nicht gelingen, mit chemischer Verbesserung der Arbeit, aber dem Druck der Löhne, sondern mit Verständigung. Die Deutschnationalen verlangen mehr Geld für die Beamten. Sie sollten die Grundsteuern verdoppeln, dann wäre das möglich. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Der militärische Besatzungsstand entspricht nicht der Weimarer Verfassung; man soll in die Hände der Reichswehr nicht politische Entschuldigungen legen. Aber ohne den Artikel 48 können wir jetzt nicht auskommen.

Wenn wir aber wählen wollen, dann wollen wir es tun ohne Ausnahmestund.

Wir wollen keine Verweissungswahlen, bei denen das Volk sich überlatanen und politischen Hanswürchen in die Arme wirft. (Stürmische Unterbrechungen rechts.) Die Sozialdemokratie wird totgeschwiegen: Sie sollen uns bei den kommenden Wahlen kennenlernen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Stürmische anhaltende Zurufe rechts: Neuwahlen! Neuwahlen!) Freitag 2 Uhr: Weiterberatung, Schluß 5 Uhr.

Wirtschaft

Zur Preislage im Großhandel.

Während der gestern von uns veröffentlichte Index der Lebenshaltungskosten den ziemlich wesentlichen Abschlag der Preise von 16,2 Proz. gegen die Vorwoche verzeichnete, ist der Preisrückgang der Großhandelswaren in der letzten Woche wesentlich langsamer gewesen. Die Großhandelsziffer des Statistischen Reichsamtes ergab danach eine Senkung um lediglich 4,7 Proz. Daraus geht eindeutig hervor, daß die Bestrebungen zum Abbau der Preise gegenüber dem Großhandel und der Warenproduktion noch stärker als bisher verfolgt werden müssen. Die amtliche Meldung bringt dazu folgende Einzelheiten:

Die auf den Stichtag des 11. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt eine weitere Senkung ihres Goldstandes (1913 = 100) auf 127,4 und im Papiermarkt bei dem amtlichen Dollarkurs von 42 Billionen Mark auf das 127,5 Milliardenfache des Friedensstandes, sonach gegenüber dem Stande vom 4. Dezember (133,7 — Gold bzw. 1337,5 Milliardenfach) um 4,7 Proz.

Von den Hauptgruppen sind die Lebensmittel (im Großhandel) um 7,6 Proz. auf 112,5 (Gold), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 9,8 Proz. auf 87,3, die Industriestoffe um 0,4 Proz. auf 155,4 zurückgegangen. Die Gruppe Kohlen und Eisen blieb mit 160,1 unverändert.

Die Indexziffer der Einfuhrwaren sank ferner um 3,9 Proz. auf 155,7 und die der Inlandswaren um 4,9 Proz. auf 121,8.

Bemerkenswert ist, wie wenig die Industriestoffe der allgemeinen Preisentwertung gefolgt sind. Obwohl die Arbeitslöhne weit unter der Weltmarktparität liegen und die Entwertungs-zuschläge beim Verkauf ausländischer Rohstoffe sehr hoch und mehr in Fortfall kommen sollen, sind die Industriestoffe insgesamt in der letzten Woche noch nicht um ein halbes Prozent gesunken, bei Kohle und Eisen, den Hauptelementen der industriellen Produktion, ist ein Preisrückgang überhaupt nicht zu verzeichnen. In der Tat stehen auch diese Warengruppen nach am höchsten über dem Dollarkurs, nämlich um 55,4 bzw. 60,1 Proz. über den Friedensgoldpreis, während z. B. die Lebensmittel nur um 12,5 Prozent darüber liegen. Getreide und Kartoffeln sogar noch wesentlich dahinter zurückgeblieben. Der Brotpreis im Kleinhandel dagegen sieht noch immer ganz bedeutend über dem Vorkriegsstand und man braucht sich nicht darüber zu wundern, wenn Mühlen und Bäder jeder weiteren Vermehrung nach einem Absinken der Preise trotz der niedrigen Getreidepreise starken Widerstand entgegensetzen, weil sie es leicht haben, auf die hohen Kohlenpreise zu verweisen und auf die Eisenbahn-, Strom- und sonstigen Tarife, die durch die überwertete Kohle und den überhöhten Eisenpreis herbeigeführt sind. Gegenüber den Produzenten und dem Großhandel sollte also endlich einmal mit allem Nachdruck die Notwendigkeit einer gefördernden Kalkulation auch von den amtlichen Stellen verfochten werden.

Zehnteljahr der Verhandlungen über die Reparationslieferungen chemischer Produkte. Die Verhandlungen zwischen einer Unterkommission der Röm und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie über Ablieferung, Verkauf und Ausfuhr von Kohlennebenprodukten (Teer, Ammoniak, Benzol usw.) sind abgebrochen worden. Die Franzosen stellten u. a. die Forderung einer laufenden Abgabe in der Höhe von 10 Proz. der gesamten Erzeugung. Dieser Forderung wurde von der Industrie entsprochen. Komplikationen ergaben sich erst bei der Regelung der Verkaufsforderung. Die von den Franzosen verlangte Abgabe von rund 2,3 Proz. für den Verkauf innerhalb des besetzten Gebietes und von 6 Proz. bei einem Verkauf nach dem unbesetzten Deutschland oder nach dem Auslande erschien den deutschen Vertretern untragbar, da z. B. im verflochtenen Jahre 25 Proz. des gesamten deutschen Stoff- und 80 Proz. des gesamten Benzol- bzw. Teerbedarfes in Deutschland aus dem Ruhrgebiet gedeckt worden sind. Die deutschen Unterhändler verließen u. a. auf das Abkommen der Besetzten Antin- und Sodalabrit mit der Interalliierten Rheinlandkommission, nach dem der Ludwigshafener Konzern nur 1 Proz. der nach dem Auslande oder nach dem unbesetzten Deutschland ausgeführten Produkte abzugeben hat. Unter welchen Umständen die Verhandlungen weiter aufgenommen werden, ist noch unbekannt.

Die „Westmark“. Die Einheit des amtlichen wertebändigen rheinischen Zahlungsmittels wird den Namen Westmark (1 Westmark = 1 Goldmark) führen. Sämtliche Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes übernehmen eine Solidarschaft in der Höhe von 300 Millionen. Eine weitere Bedingung erfolgt, ähnlich wie bei der Rentenmark, durch Ausgabe von Goldobligationen, die mit dreißigjähriger Laufzeit ausgestattet sind. Nach den Beschlüssen des Kabinetts soll die Westmark das einzige Zahlungsmittel in den besetzten Gebieten sein und bis zur Herausgabe der deutschen Goldnote im Umlauf bleiben. Die Westmark deutet sich also auf fast den gleichen Bedingungen wie die Rentenmark auf. Wenn es gelingt, die rheinische Westmark mit der Rentenmark im Kurs gleichzusetzen, sind alle Voraussetzungen für einen unbedenklichen Warenaustausch zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland gegeben und die Interessen der rheinisch-westfälischen Industrie aufs äußerste gewahrt. Die Rentenmark hat sich gut eingebürgert. Ohne Zweifel wird sich die Einführung der Westmark in den besetzten Gebieten ebenso reibungslos vollziehen, so daß kein Grund für die Errichtung einer rheinischen Goldnotenbank, die nur neue Schwierigkeiten schaffen kann, vorliegt. Das Projekt des Kölner Finanziers Hagen steht die Herausgabe einer rheinischen Note nur gegen den Vor. Die Folge würde ein Ausfließen von Devisen sein, die dem Reich nachher bei der Errichtung der deutschen Goldnotenbank fehlen werden. Schon aus diesem Grunde ist die Ausgabe der Westmark eine Erleichterung für die Schaffung einer deutschen Goldnote, die nach Ansicht des Währungskommissars Dr. Schacht bereits im Frühjahr 1924 in Umlauf gesetzt werden kann.

Expansionsdrang der französischen Textilindustrie. Eine ganze Reihe bedeutender Unternehmungen der Textilindustrie des Bezirkes Roubaix-Lourcoing macht zurzeit, wie dem „Konfektionär“ berichtet wird, große Anstrengungen, ihre Fabrikationsfähigkeit auf die Vereinigten Staaten auszuweiten. Die Häuser Francois Raffarel in Lourcoing haben bereits das Werk Rhode Island der Ryanas Mills käuflich erworben. Ebenfalls wird auch die Westkammerei Prousoff in Roubaix einen Fabrikbetrieb errichten. Ein anderes französisches Konfektionär plant unter Beteiligung der bekannten Bostoner Firma Lockwood, Greene u. Co. die Errichtung eines Betriebes in Branch-Billage, der der größte seiner Art werden soll. Der Grunderwerb soll allein 100 000 Dollar erfordern. Die Einrichtungskosten der Weberei und Kammerei werden mit 1 Million Dollar veranschlagt. In amerikanischen Textilkreisen ist man über diese französische Expansions geteilter Meinung. Die Firma Lockwood, Greene u. Co. hat übrigens erst Ende November in der amerikanischen Baumwollindustrie eine bedeutende Gründung, die „New England Southern Mills“ mit 20 Millionen Dollar Kapital zustande gebracht, die durch den Zukunftsabschluß bereits bestehender Betriebe und durch neue Fabrikgründung schätzungsweise 580 000 Spindeln umfassen wird.

Wieder deutsche Pflanzungen in Ostafrika. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft in Berlin, die bekanntlich durch den Verlust unserer Kolonien ihre umfangreichen eigenen Besitzungen in Deutsch-Ostafrika aufgeben mußte, hat, wie der „Konfektionär“ erfährt, in Portugiesisch-Ostafrika neuerdings wiederum Interesse an Sifalbanpflanzungen genommen. Auch englisches Kapital ist mit beteiligt.

Arbeiterpartei und Liberale.

Beschlüsse des Vollzugsausschusses der Labour Party. London, 13. Dezember. (W.D.) Eine wichtige Konferenz der Arbeiterpartei hat heute stattgefunden. Blätterwerkungen zufolge wurde in der Beratung zwischen dem Vollzugsausschuss der Arbeiterpartei und dem Generalkomitee des Gewerkschaftskongresses die zukünftige Politik erörtert. Daraus hielten die Führer eine Sitzung ab, um die Frage eines Zusammenwirkens mit den Liberalen zu erörtern.

London, 13. Dezember. (W.D.) Auf der heutigen Konferenz des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei und des Generalkomitees des Gewerkschaftskongresses wurden zwei Entschlüsse

angenommen: in der ersten wird Ramsay MacDonald das Vertrauen ausgesprochen, in der zweiten wird angestrichelt der Verwerfung der Regierungspolitik durch die überwältigende Stimmenmehrheit der Wähler und angestrichelt der verstärkten Absicht der Regierung, den neuen Parteien nicht vor dem 8. Januar gegenüberzutreten, die Regierung um eine sofortige öffentliche Erklärung über eine angemessene wirksame Behandlung dieses hochdringenden Problems ersucht.

„Star“ nennt diese zweite Entschlüsse den ersten Schuß, der seit den Wahlen auf die Baldwin-Regierung abgefeuert wird, und behauptet, die Absichten auf eine Verständigung zwischen Arbeiterpartei und Liberalen zum Zwecke des Sturzes Baldwin seien gänzlich.

Der „billige Seifenfriseur“.

Der Weihnachtsmarkt auf dem Leipziger Platz hat begonnen. Die die da liegenden Händler und das drängelnde und neugierige Publikum. Ueberall Ausrufen und Schreien, Anarren und Schnurren, Kreischen und Krähen, Luten und Trillern. In einer Ecke des Leipziger Platzes steht ein großer vierwädriger Leiterwagen mit Kisten und Kästen voll Seife. Zwischen den Seifenkisten steht der Händler, angelehnt mit einem langen weissen Kittel. Auf dem Kopf einen Zylinder. Es ist der „billige Seifenfriseur“. Unaufhörlich bietet er seine Seife an. Er gönnt sich keine Minute Pause. Seine Stimme ist vom vielen Erzählen heiser. Immer wieder ruft er aus: „Na, meine Damen und Herren, ich mache heute hier ein Angebot, welches Sie sonst bei keinem Händler finden. Meine Ware ist so unaußersächlich billig, daß Sie beinahe glauben könnten, ich hätte die Seife gestohlen. Aber ich bin wirklich der ehrlichste Mann unter allen Weihnachtshändlern. Doch nun hören Sie, was Sie bei mir kriegen: 5 Stück allerseinsten Toilettenseife, 1 Doppelrieger Seifenstück, 24 Stück große Weihnachtsschürzen, alles zusammen für 1 Mark.“ Die Zuhörer sind sprachlos. Ungläubig blickt man drein und starrt die Köpfe zusammen. Es geschieht wirklich das Unglaubliche: Es findet sich nur selten ein Käufer. Der „Seifenfriseur“ wird seine riesig billige Weihnachtseife mit den 2 Duzent Dichten nicht los. Man ist misstrauisch. Seine hört man so etwas wie „Schundware“ flüstern. Doch ein Händler verliert seine Geistesgegenwart nicht. Er beginnt wieder mit seiner Rede. Als sich wider Erwarten wieder nur ein, zwei Käufer finden, sagt er zum großen Ergötzen der Zuhörer: „Unser ganzes Leben ist heute beschelnden eingerichtet. Ich mache die Mode mit und bin im Preis bescheiden. Na, wer will nun noch mal die „letzte“ Seife haben, keiner, na, dann muß ich annehmen, daß Sie alle Ausländer sind, die mich nicht verstehen.“ Doch was ist das? Es entsteht für den „billigen Seifenfriseur“ ein recht peinlicher Zwischenfall. Eine Frau drängt sich nach vorn. Drohend erhebt sie die Faust gegen den Händler und schreit: „Gestern habe ich hier doch Seife gekauft. Zu einer kleinen Schürze waschen brauchte ich den ganzen Kiesel Seife, die Schürze ist noch nicht rein!“ Den „billigen Seifenfriseur“ verläßt die Ruhe nicht. „Mutter, Sie sind schwindeln. Meine Seife ist so fest wie Stein. Mit einem halben Kiesel können Sie 20 Schürzen waschen. Meine Seife ist auch so hart, daß Mutter damit Latern ein Loch in den Kopf schmeißen kann, oder auch umgekehrt!“ Das Publikum lacht, geht weiter, andere kommen hinzu. Der Händler verkauft seine Ware und schließlich — eine Mark wird sie doch wohl wert sein.

„Die Geheimnisse der Weisen von Zion“.

Herr Müller von Hausen als Kläger.

Vor dem Schöffengericht Schöneberg wurde gestern ein seit langer Zeit schwebender und schon einmal verlagter Beleidigungsprozess verhandelt, in dessen Mittelpunkt das berühmte Buch „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“ steht. Es ist weiteren Kreisen dadurch bekannt geworden, daß es unter anderem den Wäldchen bringt, an der Berliner Villa des verstorbenen Emil Rathenau zu sein auf einem Fries sechsundsechzig abgeschnittene Fürstenthümer zu sehen. Das Buch, dessen Verfasser sich „Gottfried zur Bee“ nennt, ist im Auftrage des „Bereins gegen Ueberhebung des Judentums“ zusammengestellt und herausgegeben worden. Gegen den Vorsitzenden dieses Vereins, den Hauptmann a. D. Ludwig Müller von Hausen, richtete Dr. Johannes Stanzel, Redakteur der „Mitteilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“, in mehreren Artikeln scharfe Angriffe. Im Hinblick auf die Behauptungen des Buches nannte er Müller von Hausen einen Lügner, der genau wisse, daß man es hier mit einem Schwindel zu tun habe. Wegen dieser und ähnlicher Angriffe, in denen Ausdrücke wie Bosheit, Niedertracht, Gemeinheit usw. vorkamen, klagte Müller von Hausen, der selber wegen Beleidigung Emil Rathenaus verklagt worden ist, gegen Stanzel wegen Ehrenkränkung und verleumderischer Beleidigung. Vor Gericht bot Stanzel durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Braubach, den Beweis an, daß dem Verfasser des Buches, das

in Form von Berichten über Verhandlungen zionistischer Juden angebliche Enthüllungen über deren Weltbeherrschungspläne bringt, ein schon vor vielen Jahren erschienenen Buch eines Franzosen als Vorlage gedient habe. Die angeblichen „Geheimnisse der Weisen von Zion“ seien, wie er aus etwa 140 Stellen des Textes nachweisen wolle, eine freche Fälschung. Zu der Behauptung über die vermeintlichen Königsköpfe an der Rathenauischen Villa führte Stanzel aus, daß der Architekt ein königsstreuer Mann und frommer Katholik sei. Was das Buch als abgeschnittene Fürstenthümer bezeichne, seien Masken und Wappentafeln, die der mit der Anfertigung des Frieses betraute Bildhauer nach einem italienischen Kunstwerk der Renaissance kopiert habe. Müller von Hausen bestritt, selber der Verfasser des Buches zu sein. Die in den ersten Auflagen als „Protokolle“, in den späteren als „Richtlinien“ bezeichneten Abschnitte seien aus einem russischen Buch übersehen worden, und zwar von einem Regierungsrat, der nicht genannt sein wolle, weil er sonst seine Stellung verlieren könnte. Nur Teile davon seien jenem älteren französischen Buch entlehnt, das aber man jetzt zu, und auch die Annahme, daß es sich um „Protokolle“ handle, habe sich als irrig herausgestellt. Verfasser des Buches, das außer den aus dem Russischen übersehenen Abschnitten eine eigene Einleitung und einen eigenen Schluß enthält, sei nicht jener Regierungsrat, sondern ein Mitarbeiter des von dem Kläger geleiteten „Bereins gegen Ueberhebung des Judentums“. In der mehrstündigen Verhandlung, die über die Vornehmung des Anzeigekonten nicht hinauskam, forderte der Kläger wie der Angeklagte immer wieder Vertagung, weil die Sachverständigen beider Parteien hier nicht sofort würden entscheiden können, ob das Buch eine Fälschung sei. Der Angeklagte hatte als Sachverständigen den Geschichtsprofessor Karstedt aus Göttingen geladen, der rechtsverpflichtet und (wie er selber einmal erklärt hat) antisemitisch ist. Auch er werde aus dem vorliegenden Beweismaterial die Ueberzeugung gewinnen, daß „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“ eine Fälschung seien. Das Gericht kam nach langem Hin und Her schließlich doch zu einer Vertagung. Erst danach prüfte es noch die Frage, was man von dem Sachverständigen der von dem Kläger beibrachten Herren Rosenblum und Mohrhaft zu halten habe. Prof. Rosenblum wurde für unzustimmungswürdig erklärt. Prof. Mohrhaft aber wurde abgelehnt, weil sich erob, daß die Einleitung des Buches auch einen von ihm verfaßten Beitrag enthält. Verfasser des Buches zu sein, bestritt er.

Die gestörte Sedanfeier.

Kommunisten gegen Bismarck-Bündler.

Ein umfangreicher, auf drei Tage berechneter Landfriedensbruchprozess begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. Die Anklage richtete sich gegen den Redakteur Alfred Rebe, den Lichtarbeiter Albert Haack, den Glasarbeiter Arthur Keller, den Arbeiter Willi Keller und den Formverleiher Walter Otto. Rebe und Haack sollen Fälschungen gefertigt haben, die übrigen drei Angeklagten sind Jugendliche. Die Anklage geht zurück auf einen Ueberfall, den Kommunisten am 2. September in Prenzlau und Spindlersfeld auf Bismarck-Bündler verübt haben. Am Sedanfest wollte die Ortsgruppe Prinz Hubertus v. Preußen des Bismarck-Bundes in Köpenick ihre Fahnenweihe im Erholungsheim Spindlersfeld abhalten. Die Kommunisten aber beschloßen, einen etwa geplanten geschlossenen Zug des Bismarck-Bundes nicht zu dulden. Eine Demonstration wurde zur Besetzung geschickt und erhielt den Befehl, daß ein Uman nicht gestattet werden würde, und daß eine Sonderüberwachung durch die Kommunisten nicht notwendig sei. Rebe schlug trotzdem vor, am Nachmittag einen „Spaziergang“ zu veranstalten. Zu diesem Spaziergang hatten sich mehrere hundert Kommunisten eingefunden. Als neun Mann des Ortsvereins

des Bismarck-Bundes die verhängte Fahne aus einem Hause in der Bahnhofstraße abholten, wurden sie bereits schwer bedrängt. Auch vor dem Bahnhof in Köpenick hatten sich 200 bis 300 Kommunisten angeammelt und belästigten die ankommenden Teilnehmer an der Fahnenweihe. Einige Teilnehmer sollen verprügelt worden sein; auch wurden ihnen die Bundesabzeichen abgerissen. Es spielten sich sowohl in Köpenick als auch vor dem Erholungsheim in Spindlersfeld sehr erregte Szenen ab. Der Angeklagte Rebe ist politisch mehrfach hervorgetreten. Er war vom Kriegsgericht wegen antimilitaristischer Agitation während des Krieges zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden und wurde bei Ausbruch der Revolution befreit. Die Beweisaufnahme befaßte im allgemeinen die Anklage. Die Verhandlung geht am heutigen Freitag weiter.

Groß-Razzia in der Fröbelstraße.

722 Personen mit 17 Polizeiautos abgeführt.

Eine erfolgreiche Kontrolle im Hof für Obdachlose in der Fröbelstraße fand am Donnerstag früh durch das Fahndungskommando der Berliner Kriminalpolizei statt. Man hatte mit einer großen Anzahl von Personen gerechnet und 17 Autos mitgenommen. Diese Annahme hatte sich als richtig erwiesen, denn es wurden im ganzen 449 Männer und 273 Frauen mit nicht einwandfreien Papieren vorgefunden. Alle mußten den Weg zum Polizeipräsidenten antreten. Hier bekam der Erkennungsdiens reichliche Arbeit. Das, was er feststellte, beweist die Wichtigkeit einer Kontrolle von Zeit zu Zeit. Von den Männern allein wurden 131 als gefugte Personen, die die verschiedensten Vergehen auf dem Verbot haben, festgestellt. Fünf Personen wurden von je 6 bis 10 Strafbehörden in der Provinz gleichzeitig gesucht. Unter diesen befand sich auch der nach der Verübung eines Raubmordes in Landsberg a. d. Warthe flüchtig gewordene Bäcker Walter Steinbock. Von den 273 Frauen wurden durch den Erkennungsdiens 63 als gefugte Personen erkannt. Verschiedene Personen, besonders Jugendliche, wurden der Wohnstättenstelle, deren Leiterin Frä. Dittmer ist, zugeführt.

Zu dem Mord in der Schaperstraße ist noch folgendes zu berichten: Die Getreidefirma in Schöneberg, bei der die Ermordete Maria Rajewski angeheiratet war, erhielt am Donnerstag morgen einen aus Hamburg datierten Eilbrief folgenden Inhalts: „Hamburg, den 11. 12. 23. Bin mit meiner Nichte am 4. 12. früh pünktlich in Hamburg angekommen. Nichten geht es gut. Habe gleich das alte rote Kleid und die grauen Strümpfe durch andere ersetzt. Abfahrt nach Argentinien am Mittwoch. Guten Gruß Otel und Marieten.“ Wer der Absender dieses Briefes ist, ist vorläufig noch unbekannt. Der Zweck des Briefes sollte jedenfalls der sein, die Kriminalpolizei auf eine falsche Fährte zu locken.

Der diesjährige Weihnachtsmarkt für den früheren Stadtkreis Berlin findet in der Hauptade in der Warschauer Straße (von der Reboiler Straße bis zur Kronprinzessinnenallee) und in der Petersburger Straße, sowie auf dem Ardenaplay und dessen Umgebungen statt. Pfefferkuchen, Pfefferkuchendücker, Verkauf von Obst, Nüssen, Weihnachtshäuten, Spielzeug u. dergl. können auch außerhalb des Marktbezirks mit Genehmigung des zuständigen Polizeiamts Verkaufsvorrichtungen auf geeigneten Plätzen aufstellen. Der Markt dauert bis zum 27. Dezember einschließlich. Am 28. Dezember, morgens um 8 Uhr, müssen sämtliche Buden und Verkaufsvorrichtungen von den Straßen und Plätzen fortgeschafft sein.

„Schlußfragen der deutschen Presse.“ In der am Freitag, den 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr im Plenarsaal des Reichstages (Prinz-Albrecht-Straße 5) stattfindenden Rundgebung des Reichstages Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse wird Reichstagskanzler Dr. Marx sprechen und in seiner Rede wahrscheinlich auch auf die Frage des Journalistenangeses eingehen. Außer dem Reichstagskanzler werden Reichstagspräsident Lohde und Chefredakteur Ufermann das Wort ergreifen, um über die Not des Journalistenstandes und die Möglichkeit ihrer Unterstützung zu sprechen.

Das Volksbildungsamt Kreuzberg veranstaltet am 15. d. M., abends 8 Uhr, in der Neuen Garnisonstraße, Kaiser-Friedrich-Platz, ein Konzert, in dem Werke von Bach, Beethoven, Mendelssohn, Wagner u. a. zum Vortrag gelangen. Karten im Volksbildungsamt, Poststr. 11, in der Buchhandlung Vorwärts und an der Abendkasse.

Eine Verammlung der Krankenkassenverbände und der Angestellten findet heute abend 7 Uhr im Saalbau Friedrichshagen statt.

Lebensmittelpreise in Berlin am 13. Dezember

Table with 2 columns: Item name and Price in Goldmark. Items include Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Lebende Hechte, Hechte in Eis, Kabeljau, Grüne Heringe, Dorsch, Margarina, Butter, Schmalz, Talg, Ei, Weiskohl, Wirsingkohl, Kartoffeln.

Copyright Georg Meier, München.

Die Lofosfischer.

Roman von Johan Vojer.

„Die Aussicht ordnet an, daß die äußere Hälfte des Fjord für die Rehsfischer bleibt — die innere Hälfte gehört den Angelfischern. Es steht Strafe darauf, in das Fahrwasser des anderen zu kommen. Die Aussicht wird Merkzeichen ausgeben. Und damit habt Ihr alle Frieden zu halten.“ Der Dampfer machte ein paar Schläge mit der Schraube und fuhr weiter durch den Schwarm der Boote, hielt dann wieder an und klingelte, worauf das Sprachrohr von oben die Worte wiederholte. Und so fuhr der Kommandant langsam in den Fjord hinein und stiftete Ordnung. Es wurde schon dämmerig, und als nun das Geseh, die Aussicht, sich des Fjordes bemächtigt hatte, da war es, als ob die Tausende von Fischern aus Tieren wieder in Menschen verwandelt würden. Der Wahnsinn, das Fieber, das Nacht und Tag gewütet hatte, erlosch jetzt rasch in den Gemütern. Sie merkten, daß sie seit mehreren Tagen nicht geschlafen und nicht ordentlich gegessen hatten. Jetzt sahen sie Schräure und Rehe in der See liegen und begaben sich an die Ufer. Ans Land! Aber erst jetzt sahen sie, daß der Strand öde war. Es gab hier nur ein paar Gehöfte weit drinnen im Land, aber sie konnten nicht einmal zwei- bis dreihundert Mann beherbergen, selbst wenn man die Nebengebäude zu Hilfe nahm, und hier waren viele Tausende, die ein Dach über dem Kopfe haben mußten. Keine Hütte, in der sie Zuflucht nehmen konnten, kein Stall und nicht einmal ein Bootschuppen. Aber an Land mußten sie. Reins der Boote hatte jetzt in der Fangzeit eine Kambüse dabei. Ganz wenige konnten an Bord der Fahrzeuge schlafen und kochen, sondern den meisten blieb nur der öde Strand. So fuhren denn im Dunkeln die ganz und halb vollen Boote langsam auf das Land zu. Müde bewegten sich die Ruder. Jetzt mochte man nicht einmal mehr bei den Handwerkszeugen ansetzen und die Fische abheben. Jetzt mußten die Männer erst etwas Warmes im Leibe haben und dann schlafen, schlafen!

23.

Die „Kobbe“ fand eine kleine Bucht vor einer Steinhälfte an der Offseite. Der Anker sank, das Boot mußte an beiden Enden verankert werden, der Strömung wegen, aber endlich glitt die Jolle doch an den Strand. Die Männer stampften mit schwerfälligen, steifen Beinen an Land. Die Steine sprühten im Dunkeln Funken, wo die eisenschlagenden Absätze sie berührten.

„Au!“ schrie Artur Kasan und sank auf einen Stein nieder. „Ich glaube, ich bin müde!“

„Wenn hier wenigstens eine Hundehütte wäre,“ seufzte Kaneles Gomon und begann mit den Armen zu schlagen.

„Du mußt versuchen, Wasser zu finden, Lars!“ sagte Kristaver und reichte ihm den Kessel. Und zu den anderen sagte er: „Das beste ist, wir holen das Segel an Land und hängen es in der Nacht als Zelt auf. Du kannst an Bord rudern und es holen, Kaneles!“

„Aber hier ist kein Scheit Holz zum Feuer anmachen,“ sagte Henrik Rabben und sah sich in dem schroffen Gestein um.

Das stimmte. Die abgearbeiteten Männer mußten etwas Warmes zu sich nehmen, aber hier war auch nicht ein Ast zu finden.

Jetzt kam Lars durch den Schnee gewatet, der ihm bis zu den Hüften reichte, er hatte den Kessel in einem Bach gefüllt, — aber womit sollten sie Feuer machen?“

„Wir müssen wohl etwas vom Boot nehmen,“ sagte der Bootsführer. Und er rief Kaneles zu, der schon an Bord war, er solle ein Bodentrett im Vordersteck losreißen und mit an Land bringen.

Das Brett wurde zerstückelt, und während das kleine Feuer ein paar Meter von den Wellen, die über den Sand fegten, entfernt unter dem Kessel flammte, stampften die Männer in einem Viertel den Schnee fest, stellten vier Ruder auf und hängten das Segel darüber. Es war eine Art Zelt, das die Nacht über halten würde, wenn das Wetter still blieb.

In dem Zelt breiteten sie eine Perfernung über den Schnee, die Kesseldecken wurden heringetragen, und nun sanken die fünf Männer nieder und stützten sich auf den Ellbogen. Sie atmeten tief und schwer. Sie mußten ja auf den Kaffee warten, den der Jährling bereite, aber sie sanken nach hinten, sie mußten schlafen, sterben, wenn es sein sollte, wenn sie nur ruhen konnten, ausruhen und kein Glied mehr zu rühren brauchen. Aber jetzt kam der dampfende Kessel. Eine Vorratskiste

wurde heringetragen, eine Laterne angezündet. Sie sahen sich ins Gesicht und erschauerten. Die Augen waren starr wie bei Wahnsinnigen. Tassen? Wer mochte in der Kiste danach suchen? Hier war eine Fleischbühse, in die man den Kaffee gießen konnte, sie mußte herumgehen. Kaffee! Wieder etwas Warmes! Das schmeckte! Das befehlte! Das wärmte innerlich in allen Gliedern und Gelenken.

Und die geschwollenen Hänfte waren nicht imstande, Butter auf das Brot zu streichen, sie konnten es nicht in Scheiben schneiden, sie bissen von dem ganzen Brot ab, kauten ein paar mal, schluckten es gierig hinunter, auch die Kruste mußte ungelaut mit hinunter. Das schmeckte. Das schmeckte. Das war doch endlich Essen. Sie merkten, daß es hier eifrig kalt war. Weißer Dampf quoll ihnen bei jedem Atemzug aus Mund und Nase, und sie hatten noch nicht lange hier gegessen, als die nassen Wasserstiefel und die Pelzkleider verfeisten.

Nun sanken sie zurück, den Südwesten gut über die Ohren gezogen und die dicken Fausthandschuhe hoch über die Handgelenke gestreift, zwei und zwei unter der gleichen Felldecke — jetzt schliefen sie. Draußen lagen noch ein paar glühende Kohlen vom Kaffeefeuer und glommen und rauchten am Strande.

Sie schliefen. Zu beiden Seiten des grauen Fjordes waren einige rötliche Sterne zu sehen, das waren die kleinen Kaffeefeuer anderer Bootsmannschaften. Einige hatten sich Hütten aus Schnee gemacht, aber die meisten hatten aus Segeln Zelte errichtet — und überall waren sie längst zusammengesunken und schliefen.

Allmählich erloschen auch die Lichter an Bord der Fahrzeuge, und dort lag man in Kajüten und unten im Schiffsraum. Mann an Mann, und schlief.

Die Nacht zog weiße Nordlichtstreifen über den Himmel. Die Wellen plätscherten gegen Schiffe, gegen Felsen und an den grauen Sand. Und die Männer schliefen.

Es war wieder Frost eingetreten nach dem Schneefall. Aber in der kalten Polarnacht zog ein Heer von warmen Traumbildern vorüber. Die schlafenden Männer lehnten heim. Frau und Kinder eilten ihnen entgegen, Eltern und Geschwister. Sie kamen als reiche Männer nach Hause. Sie strichen die Häuser an, sie bebauten die Acker, sie nahmen Groß und Klein mit in die Stadt und kauften alles, was sie sich nur wünschten. Banken und Kaufleute — bitte schön — wollen Sie nur quittieren. (Fortsetzung folgt.)

